diesem zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten von CDU und FDP. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion der AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Neppe. Damit stelle ich fest, dass dieser Entwurf **Drucksache 17/13540 angenommen** wurde.

Ich lasse viertens abstimmen über den Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/13581 und darf fragen, wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU, der Fraktion der FDP, der Fraktion der AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Neppe. Damit stelle ich fest, dass der **Entschließungsantrag Drucksache 17/13581 abgelehnt** wurde.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/13568 nach der zweiten Lesung, und ich darf fragen, wer diesem Gesetzentwurf zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der AfD und der fraktionslose Abgeordnete Neppe. Gibt es eine Kollegin oder einen Kollegen, der sich der Stimme enthalten möchte? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass der **Gesetzentwurf Drucksache 17/13568** mit dem gerade festgestellten Abstimmungsverhalten **angenommen und damit verabschiedet** wurde.

Ich lasse nun über den Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/13569 abstimmen. Hier haben die antragstellenden Fraktionen direkte Abstimmung beantragt, sodass ich frage, wer dem Inhalt des Antrags zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten von CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen? – Das sind die Kolleginnen und Kollegen der AfD sowie Herr Abgeordneter Neppe. Enthaltungen? – Keine. Damit stelle ich fest, dass der **Antrag Drucksache 17/13569 angenommen** wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich jetzt alles richtig überblickt habe, sind wir am Ende der Abstimmungen und damit auch am Ende des neu eingeschobenen Tagesordnungspunktes 2 angelangt, so dass ich nunmehr aufrufe:

3 Kinder und Familien entlasten – Kitas als sichere Orte durch (Lolli)Tests, Impfen und Evaluation – Hand in Hand mit den Kommunen Kita- und OGS-Gebühren erlassen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/13404

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der SPD Herrn Abgeordneten Dr. Maelzer das Wort.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Coronamutation B.1.1.7 hat in Deutschland eine dritte Welle ausgelöst, die leider auch vor unseren Kitas nicht Halt gemacht hat. Das RKI sagt, dass sich nun auch deutlich mehr Kinder und Jugendliche infizieren.

Das lässt sich mit Blick auf die nackten Zahlen nicht mehr wegdiskutieren. Im Monat März waren mehr als 2.000 Kita-Kinder betroffen. Das sind mehr als in den fünf Monaten davor, und auch im April haben wir es mit hohen Zahlen zu tun. Sorgen Sie hier für Transparenz, veröffentlichen Sie das wöchentliche Monitoring über die Situation in unseren Kitas. Denn wir dürfen hier nicht relativieren oder es gar auf die leichte Schulter nehmen.

Es war falsch, dass sich diese Landesregierung und die Fraktionen von CDU und FDP über Monate geweigert haben, Kita-Kinder in eine Teststrategie einzubeziehen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Die jüngste Landtagssitzung ist gerade einmal einen Monat her. Dort haben Sie noch mit harschen Worten unsere Vorschläge zurückgewiesen. Der Blick auf die Infektionszahlen in unseren Einrichtungen zeigt: Das war ein schwerer Fehler, und es ist gut, dass Sie über die Ostertage Ihre ablehnende Haltung korrigiert haben. Besser spät als nie, muss man hier wohl sagen.

Allerdings löste Ihr spontanes Umdenken auch zahlreiche Probleme aus. Für Erzieherinnen und Erzieher standen nun auf einmal weniger Tests als versprochen zur Verfügung. Manche Einrichtungen warteten wegen Lieferproblemen sogar über Tage und Wochen vergeblich auf Tests. Andere beschwerten sich über Mehrfachpackungen, die erst mühsam sortiert werden mussten.

Herr Minister, Sie haben für diese Probleme zahlreiche Schuldige ausgemacht. Die Wahrheit ist aber, dass es Ihr Zögern und Ihre späte Entscheidung in der Osterpause waren, die zu den Problemen maßgeblich beigetragen haben.

(Beifall von der SPD)

Herr Minister, ich frage Sie: Können Sie denn hier und heute die Aussage treffen, dass in dieser Woche für jedes Kind zwei Selbsttests zur Verfügung stehen und jede Einrichtung über eine ausreichende Anzahl verfügt? – Ich glaube, nicht nur mich interessiert die Antwort.

Aktuell stehen in den Einrichtungen, wenn überhaupt, die Nasenstäbchentests zur Verfügung, also

genau die Tests, die Sie vorher in Elternbriefen so geschmäht haben. Wie sollen Eltern da Vertrauen aufbauen? Ich sage Ihnen: Das Entscheidende für eine Teststrategie ist Akzeptanz. Eltern brauchen eine Wahlmöglichkeit für ihre Kinder. In diesem Sinne wären auch Spucktests eine Alternative. Ein Nasentest, der nicht durchgeführt wird, bringt jedenfalls keine zusätzliche Sicherheit.

Wir müssen auch die Familien erreichen, in denen Deutsch nicht die Muttersprache ist. Darum brauchen wir Anleitungen in unterschiedlichen Sprachen.

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Oh Gott!)

Entscheidend ist aber, dass die Teststrategie so kindgerecht wie möglich ist. Darum fordern wir bereits seit Wochen, dass Lolli-Tests in die Teststrategie aufgenommen werden. Ja, in dieser Pandemie machen wir uns als SPD Gedanken darüber, was die besten Lösungen für Kinder und Familien sind. Darum haben wir die Testmöglichkeiten gefordert, und darum machen wir uns auch für Lolli-Tests stark.

In Köln, in Solingen und in Mönchengladbach werden diese bereits eingesetzt. Das ist vorbildlich. Bislang unterstützt das Land die Kommunen nicht. Jetzt hören wir, die Regierung wolle das ändern. Bei uns rennen Sie da offene Türen ein. Noch vor einer Woche haben Sie es abgelehnt. Und da die Regierung heute nicht in der Sitzung des Finanzausschusses vertreten war,

(Zuruf von der SPD)

konnte darüber auch noch keine Verständigung herbeigeführt werden. Ja, dann lassen Sie uns das jetzt tun. Wir wollen, dass die Städte zügig an ihr Geld kommen. Darum beantragen wir Einzelabstimmung über unseren Antrag; denn dieser enthält genau diese Forderung. Stimmen Sie zu, damit schon nächste Woche die Zahlungen erfolgen können!

(Beifall von der SPD)

Stimmen Sie aber auch gerne den anderen Punkten zu. Die Blockade bei den Kita-Gebühren scheint ja langsam zu bröckeln. Aber was war das denn für ein Angebot, das Sie jetzt den Kommunen unterbreitet haben? Seit drei Monaten drücken Sie sich, Herr Minister Stamp, um eine Antwort auf die Frage der Gebührenerstattung. Endlich reagieren Sie auf den politischen Druck

(Zuruf von der SPD)

aus Parlament und Kommunen. Und dann legen Sie einen Knebelvertrag zulasten der Familien und Kommunen vor? Zwei Monate? Das war's? Basta? – Die Frist von zwei Monaten wäre doch schon heute aufgebraucht, und es kann niemand seriös sagen, wie lange wir Familien noch Einschränkungen abverlangen müssen.

Sie wollen Planungssicherheit für das Land. Aber Familien und Kommunen sollen ins Risiko gehen und draufzahlen. Ich kann niemandem empfehlen, diesen Blankoscheck zu unterschreiben.

(Beifall von der SPD)

Stattdessen muss die klare Botschaft lauten: Solange uns die Pandemie zu Einschränkungen in Kitas und OGS zwingt, werden die Gebühren vollumfänglich erstattet. Stimmen Sie deshalb für Lolli-Tests, für Gebührenfreiheit und für eine Entlastung unserer Kommunen!

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Maelzer. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU Herr Abgeordneter Kollege Kamieth das Wort.

Jens Kamieth (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit Beginn der Coronapandemie ist es ein zentrales Anliegen unserer Politik von Landesregierung und NRW-Koalition, den Zugang zu frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsangeboten aufrechtzuerhalten. Denn klar ist:

Erstens. Frühkindliche Bildung ist die Grundvoraussetzung für eine gute Entwicklung und die Zukunftschancen unserer Kleinen und Kleinsten.

Zweitens. Das System der Kindertagesbetreuung ist für viele Menschen in unserem Land unverzichtbar, wenn es darum geht, Familie und Berufstätigkeit miteinander vereinbaren zu können.

Was aber auch klar ist: Viele Menschen sind in der aktuellen Situation nicht nur mit organisatorischen Herausforderungen konfrontiert. Sie haben auch finanzielle Probleme. Wie haben Landesregierung und NRW-Koalition auf diese Lage reagiert? Ich will es Ihnen gerne erläutern.

Erstens. Für die Monate April und Mai 2020 waren alle Eltern von der Zahlung von Elternbeiträgen befreit.

Zweitens. Auch in den Monaten Juni und Juli 2020 wurden die Eltern in Nordrhein-Westfalen finanziell entlastet, indem die Hälfte der anfallenden Beiträge erlassen wurde.

Drittens. Auch im Januar 2021 wurden Finanzmittel zur Verfügung gestellt, um die Gebühren für die Kindertagesbetreuung und den Offenen Ganztag in ganz Nordrhein-Westfalen zu erstatten.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung will die Familien und Kinder weiterhin finanziell entlasten. Sie hat den Kommunen jüngst ein familienfreundliches Angebot für den Erlass von Gebühren für die

Kindertagesbetreuung vorgelegt. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir hier in Kürze ein Einvernehmen mit den Vertretern der kommunalen Spitzen erzielen können, von dem die Familien nochmals profitieren werden.

In den vergangenen Monaten war das Ziel von Landesregierung und NRW-Koalition, alles Mögliche dafür zu tun, die Öffnung des Systems „Kindertagesbetreuung“ zu gewährleisten.

Wir haben erstens finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt, um die gesamte Infrastruktur der Familienförderung und der Angebote für Kinder und Jugendliche krisenfest abzusichern.

Wir haben zweitens rund 4 Millionen FFP2-Schutzmasken kostenlos zur Verfügung gestellt.

Wir haben drittens kostenlose Testmöglichkeiten für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung gestellt.

Diese haben wir regelmäßig erweitert, indem wir viertens mit rund 115 Millionen Euro kostenlose Selbsttests für Beschäftigte in Kindertageseinrichtungen sowie Personen in der Kindertagespflege und die dort betreuten Kinder sowie für Mitarbeitende in der Kinder- und Jugendhilfe finanzieren.

Fünftens: die frühere Impf-Priorisierung.

Wir haben sechstens das neue Alltagshelferprogramm „#ichhelfemit“ auf den Weg gebracht. Im Ergebnis unterstützen 5.000 hoch engagierte Helferinnen und Helfer in den Kitas die pädagogischen Fachkräfte. Sie entlasten zum Beispiel bei der Durchführung von Hygienemaßnahmen und anderen Aufgaben.

Ich bin der Meinung: Maßnahmen zur Verbesserung von Testmöglichkeiten für Kinder und Erwachsene werden dann umgesetzt, wenn die dafür notwendigen Voraussetzungen erfüllt sind. – Was heißt das konkret? Ich will es erklären.

Erstens. Die Testverfahren müssen zugelassen sein.

Zweitens. Die erforderlichen Mengen müssen verfügbar sein.

Drittens. Die Laborkapazitäten zu deren Auswertung und die entsprechende Infrastruktur müssen zur Verfügung stehen.

Alle diese Punkte vernachlässigt der Antrag der SPD.

Wie Sie wissen, haben bereits Pilotprojekte zum Einsatz von Lolli-Tests etwa in Köln und Solingen stattgefunden. Selbstverständlich ist es unser festes Ziel, damit in die Fläche zu gehen, sobald entsprechende Möglichkeiten bestehen und die genannten Kriterien erfüllt sind.

Sie haben, Herr Kollege Dr. Maelzer, gerade etwas angedeutet. Ich denke, der Minister wird dazu noch ausführen. Aber der eine Schritt muss eben vor dem anderen kommen. Was Sie hier betreiben, lieber Kollege Dr. Maelzer, ist wirklich Desinformation.

(Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: So ist das!)

Ich halte abschließend für uns fest: Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen von CDU und FDP stehen für Verlässlichkeit und Zusammenhalt in der Coronakrise. Auch in Zukunft werden wir alle Maßnahmen ergreifen, um unsere Kinder, unsere Jugendlichen und die Familien bestmöglich zu schützen und zu unterstützen.

Den Antrag der SPD brauchen wir dafür nicht. Wir werden ihn ablehnen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Kamieth. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Herr Abgeordneter Kollege Hafke das Wort.

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ehrlicherweise muss ich sagen: Ich fand das schon eine sehr schräge Rede vom Kollegen Maelzer. Teilweise haben Sie darin sehr unseriöse Behauptungen aufgestellt.

Wir stellen fest, dass die Coronakrise unser Land nach wie vor – leider – fest im Griff hat. Je länger die Pandemie andauert, umso mehr Verwerfungen stellen wir in der Gesellschaft fest, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, die aus schwierigen Verhältnissen kommen und dort aufwachsen.

Es geht um den Erwerb von Sprache. Es geht um Bildungschancen für alle Kinder. Es geht um die Abwendung von Gefahr bei häuslicher Gewalt und in engen familiären Situationen.

Deswegen glaube ich, dass wir es den Kindern schuldig sind, hier ernsthaft zu diskutieren und in der Sache voranzukommen. Vor diesem Hintergrund muss doch allen Beteiligten klar sein, dass wir so schnell wie möglich eine vernünftige Betreuungs- und auch Öffnungsperspektive bei den Kitas und in der Tagespflege für unsere Kleinsten benötigen.

Deswegen bin ich der Landesregierung sehr dankbar dafür, dass sie das so ruhig und besonnen macht und hier eine entsprechende Strategie erarbeitet, vorgelegt und umgesetzt hat.

Die wichtigste Botschaft war und ist doch, dass wir die Erzieherinnen und Erzieher in der Impfpriorität

nach vorne gezogen haben – noch vor die chronisch Kranken.

(Beifall von Martina Hannen [FDP])

Nummer zwei ist, dass wir Masken und Tests für die Erzieherinnen und Erzieher und auch für die Kinder zur Verfügung stellen. In Teilen ist das eigentlich – das muss man der Ehrlichkeit halber sagen – auch Aufgabe des Arbeitgebers.

Drittes Thema: Das Alltagshelfer-Programm – der Kollege hat es gerade schon angesprochen – ist eine wichtige Unterstützung für die Erzieherinnen und Erzieher.

Auch bei den Eltern gehen wir entsprechend voran, um sie zu unterstützen. Das haben wir im letzten Jahr und bis in den Januar dieses Jahres hinein bei der Erstattung der entsprechenden Elternbeiträge – jeweils mit 43 Millionen Euro pro Monat – gemacht.

Wir haben in den Kommunen – ich bin dem Minister sehr dankbar dafür – jetzt eine Regelung für den April und den Mai gefunden, um dort eine Entlastung hinzubekommen.

Da wir im Gegensatz zu der SPD aber das Ziel haben, schnellstmöglich wieder in ein geordnetes System der Kinderbetreuung zu kommen, finde ich es unseriös, jetzt schon eine Aussage für die Monate Juni, Juli und August zu treffen.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Warum sagen Sie die Unwahrheit?)

– Sehr geehrter Herr Kollege, ich will insbesondere auf einen Punkt eingehen, der mich mittlerweile wirklich sauer macht und der insbesondere von Ihrem Fraktionsvorsitzenden, Herrn Kutschaty, immer wieder in den Vordergrund gestellt wird, nämlich die Aussage, wir müssten bei den Tests viel deutlicher vorgehen, als wir das im Moment machen. Herr Kutschaty fordert, wir müssten flächendeckend Lolli-Tests ausrollen.

(Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Richtig!)

– Ja, Sie machen sich das verdammt einfach. Wenn wir es machen könnten, würden wir es machen. Die Lage ist so schwierig, dass es nicht einfach so geht.

(Zurufe von der SPD)

– Herr Kollege Wolf, es ist unseriös, zu behaupten, wir könnten für fast 30.000 Institutionen mal eben so Lolli-PCR-Tests ausrollen. Das ist, verdammt noch mal, eine unseriöse Politik. Das hat nichts mit sachbezogener Politik zu tun. Sie schüren damit Unsicherheiten bei den Eltern. Und das ist verantwortungslos, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Hafke, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage von Herrn Abgeordneten Zimkeit.

Marcel Hafke (FDP): Vielen Dank, Frau Präsidentin. Die nehme ich sehr gerne an, ja.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte sehr, Herr Abgeordneter Zimkeit.

Stefan Zimkeit (SPD): Wenn die Forderung nach dem Ausrollen von Lolli-Tests so unseriös ist, warum wird das denn jetzt für die Grundschulen durch das Schulministerium umgesetzt und für die Kindertageseinrichtungen nicht?

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Marcel Hafke (FDP): Herr Kollege, ich bin Ihnen sehr dankbar für diese Frage. Dann kann ich nämlich bei der SPD ein bisschen für Erhellung sorgen und das vielleicht noch einmal klarmachen.

Wir sprechen bei den Grundschulen über 3.700 Einrichtungen, die sehr klar strukturiert sind. Dort ist ein sehr homogener Betrieb vorhanden.

Wenn Sie sich im Bereich der Kinderbetreuung und der frühkindlichen Bildung auskennen würden,

(Lachen von Christian Dahm [SPD] und Thomas Kutschaty [SPD])

wüssten Sie, dass wir fast 20.000 sehr kleinteilige Institutionen haben, nämlich Tagesmütter und Tagesväter, plus noch einmal fast 11.000 Einrichtungen in der Kita-Betreuung. Hinzu kommt, dass wir einen unterschiedlichen Zeitbeginn haben, unterschiedliche Altersgruppen und unterschiedliche Orte, die angefahren werden müssen.

(Zurufe von Frank Müller [SPD] und Stefan Zimkeit [SPD])

– Herr Kollege, Sie haben mir ja eine Frage gestellt. Hören Sie doch zu. – Das mal eben so zu organisieren ...

(Zurufe von Lisa-Kristin Kapteinat [SPD] und Stefan Zimkeit [SPD])

Wenn es möglich wäre, würden wir es direkt machen.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Das ist doch absurd!)

Der Herr Minister hat sich von Anfang an direkt darum bemüht, alle Tests, die auf dem Markt zur Verfügung stehen, für die Erzieherinnen und Erzieher zu organisieren.

(Zuruf von Sven Wolf [SPD])

Als es die Zertifizierung der Tests für Kinder gegeben hat, hat er alle Hebel in Bewegung gesetzt, damit diese vor Ort ankommen. Da sind wir aber – er geht ja nicht persönlich bei den ganzen Einrichtungen vorbei – auf die Logistik der Kommunen angewiesen. Auch die Arbeitgeber haben dort eine Verantwortung. Das ist ja eine Leistung, die das Land zusätzlich erbringt.

(Zuruf von Lisa-Kristin Kapteinat [SPD])

– Hören Sie doch einmal zu. – Deswegen finde ich Ihre Äußerung, Herr Kollege, wirklich unseriös. Sie sorgen für Panik bei den Eltern und bei den Erziehern, weil Sie irgendetwas in den Raum stellen, was man nicht erledigen und umsetzen kann.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Das hat nichts mit einer vernünftigen Oppositionspolitik zu tun, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Einen letzten Punkt möchte ich ansprechen, weil er mir wichtig ist, nämlich, dass das von einem bestimmten Menschenbild geprägt sei. Ich bin irritiert, wie die SPD argumentiert. Sie – unter anderem auch Herr Kutschaty – kritisieren, es wäre jetzt vollkommen daneben, dass Eltern entscheiden würden, ob sie ihr Kind in eine Einrichtung schicken oder nicht.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Nummer eins: Wir haben dieselbe Regelung angewandt wie das Team „Vorsicht in Bayern“ von Herrn Söder.

Nummer zwei: Ich finde, dass das genau das richtige Menschenbild ist. Wer soll denn entscheiden, ob der Kita-Besuch für das Kind richtig oder falsch ist? Die Eltern müssen das entscheiden, weil sie doch am besten beurteilen können, was für ihr Kind richtig und wichtig ist.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Damit das geht, ist eine Voraussetzung notwendig – nämlich, dass der Gesundheitsschutz bei den Erzieherinnen und Erziehern in den Mittelpunkt gerückt wurde. Das haben wir dadurch erledigt, dass jede Erzieherin und jeder Erzieher ein Impfangebot bekommen hat und sie die entsprechenden Schutzmaterialien vor Ort haben.

Deswegen ist der Weg richtig, den der Minister dort eingeschlagen hat. Ich bin ihm sehr dankbar dafür, dass er diesen ausgewogenen Weg geht.

Ich würde die SPD bitten, wieder einen vernünftigen, sachlich orientierten Kurs einzuschlagen und von dieser Panikmache wegzukommen.

(Zuruf von Frank Müller [SPD])

Deswegen werden wir Ihren Antrag ablehnen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit, Frau Präsidentin.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Hafke. – Es gibt von der SPD einen Antrag zur Geschäftsordnung. Frau Abgeordnete Philipp.

Sarah Philipp (SPD): Ganz herzlichen Dank. – Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe mich zur Geschäftsordnung zu Wort gemeldet, weil gerade während der Debatte der stellvertretende Ministerpräsident, Herr Dr. Stamp, dem Kollegen Dr. Maelzer den Scheibenwischer gezeigt hat.

(Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration, schüttelt den Kopf.)

Das ist unparlamentarisch. Das geht so nicht. Das will ich hier festhalten. Das ist von mehreren Kolleginnen und Kollegen gesehen worden.

(Zuruf von Andreas Keith [AfD])

Ich bin sehr verwundert und auch ein Stück weit fassungslos. Wir haben heute hier schon sehr viele hitzige Debatten zu Beginn der Tagesordnung gehabt. Frau Vizepräsidentin Gödecke hat einen AfD-Kollegen beim Tagesordnungspunkt zuvor dafür gerügt, dass er den Scheibenwischer in einem anderen Zusammenhang gezeigt hat.

Das geht so nicht. Das ist keine Debattenkultur. Das kann man so nicht durchgehen lassen.

Herr Stamp, ich muss auch ganz ehrlich sagen – bei allen Meinungsverschiedenheiten –: Eigentlich bin ich von Ihnen anderes gewohnt.

Insofern: Das geht so nicht. Deshalb habe ich mich zur Geschäftsordnung gemeldet.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Philipp, mir fällt es etwas schwer, das als eine Meldung zur Geschäftsordnung ordnungsgemäß einzuordnen. Deswegen will ich an dieser Stelle nur den Hinweis geben, dass wir von den Möglichkeiten der Geschäftsordnung so Gebrauch machen sollten, wie das vorgesehen ist, und nicht darüber hinaus.

Wenn das so gewesen sein sollte, wäre es genauso wenig in Ordnung, wie es an anderen Stellen hier auch schon gerügt worden ist.

Ich habe mich noch einmal vergewissert. Hier ist es nicht gesehen worden. Insofern haben wir für diese Vorgehensweise entsprechende Beratungsmöglichkeiten. Herr Minister hat gerade auf Ihren Hinweis hin

den Kopf geschüttelt. Das habe ich sehr wohl gesehen. Wir werden das prüfen.

Es wäre nicht in Ordnung. Aber gleichwohl ist Ihre Meldung zur Geschäftsordnung ebenfalls nicht in Ordnung.

Wir haben aber weitere Wortmeldungen vorliegen, und zwar jetzt von Frau Abgeordneter Paul für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Sie erhalten selbstverständlich auch das Wort, liebe Frau Kollegin.

Josefine Paul^{*)} (GRÜNE): Vielen Dank dafür. – Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich finde es eigentlich sehr schade, dass wir bei diesem wichtigen Thema, wie wir die Kinder und Jugendlichen unterstützen und wie wir die Kitas sicher machen, darüber streiten müssen, ob sich der Minister parlamentarisch verhalten hat, ja oder nein, und auch immer wieder darüber streiten müssen, was Panikmache ist und wer etwas Sachliches zur Debatte beitragen möchte, ja oder nein.

Herr Kollege Hafke, können wir uns vielleicht darauf verständigen, dass sicherlich alle Kolleginnen und Kollegen hier im Saal der Wunsch eint, das Beste für die Kinder zu erreichen und auch für guten Arbeitsschutz zu sorgen? Dass Sie immer wieder vortragen, all das, was Ihnen in der Diskussion nicht passt, sei Panikmache, ist sicherlich auch kein Beitrag zur Versachlichung der Debatte.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir haben es jetzt schon sehr, sehr oft miteinander diskutiert: Kinder, Jugendliche und Familien sind in dieser Krise nicht nur besonders belastet, sondern, wie wir feststellen müssen, mittlerweile auch zunehmend von Infektionen und Erkrankungen betroffen. Das fordert uns noch einmal mehr bei der Frage heraus, wie wir Kitas, aber auch Schulen zu sicheren Orten machen. Das heißt: Kinder müssen stärker in den Blick genommen werden, wenn es um Infektionsschutz, Hygienemaßnahmen etc. geht.

Ja, natürlich brauchen sie Unterstützung in der Krise; denn unser aller Ziel ist es doch, dass Kinder bei anderen Kindern sind und wir Institutionen so lange wie möglich öffnen halten können bzw. sie bei den Öffnungsstrategien ganz nach vorne stellen. Das ist unser aller gemeinsames Ziel.

Das bedeutet aber auch, dass wir Kinder mehr vor Infektionen schützen müssen. Das bedeutet eben auch, dass man seine Hausaufgaben macht und die notwendigen Vorkehrungen trifft. Es reicht nicht aus, darüber zu diskutieren: Auf oder zu? Wer möchte was lieber? – Vielmehr müssen wir über das Wie diskutieren. Das Wie ist die entscheidende Frage.

Auch da reicht es nicht aus, immer wieder mit Ankündigungen zu operieren und zu sagen, was man alles Tolles gemacht hätte. Ja, Herr Minister, es ist gut,

dass Sie mit dafür gesorgt haben – Sie tun immer so, als ob Sie das ganz alleine gewesen wären; Sie haben aber mit dafür gesorgt, und das ist gut –, dass die Impfpriorisierung zugunsten der Erzieherinnen und Erzieher geändert worden ist. Es reicht aber nicht aus, sich jetzt darauf auszuruhen und zu sagen: Das habe ich übrigens gemacht. – Das werden Sie ja gleich wieder vortragen.

Wir müssen Kitas so sicher wie möglich gestalten. Das bedeutet auch, dass wir die Teststrategie ausweiten.

Nein, Herr Kollege Hafke, es ist nicht richtig, dass der Minister schon immer eine Teststrategie so ausrollen wollte, dass auch die Kinder mit einbezogen werden. Ich kann mich noch an sehr eindringliche Worte des Ministers erinnern, mit denen er uns hier im Plenum vorgetragen hat, warum er die Kinder gerade nicht testen möchte.

(Zuruf von Verena Schäffer [GRÜNE])

Es ist gut und richtig, dass das Ministerium dort jetzt umgedacht hat. Es ist gut und richtig, dass das Ministerium auch darauf schaut, welche Testmöglichkeiten es gibt, welche zugelassen sind und welche in der Perspektive noch zugelassen werden.

Ja, diese Teststrategie muss jetzt auch laufen. Es kann sein, dass es zunächst Schwierigkeiten bei der Auslieferung der Tests gegeben hat. Aber jetzt muss sichergestellt sein, Herr Minister, dass die Tests auch überall ankommen.

Ich bin es, ehrlich gesagt, ein bisschen leid, dass hier immer – Kollege Hafke hat das gerade auch wieder so angelegt – sehr differenziert vorgetragen wird, was alles nicht geht und wer sonst alles verantwortlich ist. Ich möchte lieber mit Ihnen gemeinsam und mit denen, die vor Ort das System am Laufen halten, darüber diskutieren, wie wir Dinge ermöglichen können. Darum muss es am Ende des Tages gehen. Das muss unser gemeinsames Interesse sein.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Sehr geehrter Herr Minister Stamp, lassen Sie sich doch nicht immer zum Jagen tragen. Wir müssen vor die Lage kommen. Das bedeutet auch, dass man Sie nicht immer so unter Druck setzen muss. Das hat vielleicht auch eine gewisse Form von Beständigkeit. Aber die Tests wurden lange gefordert, und irgendwann kamen sie dann einmal. Da waren Sie nicht vor der Lage, sondern man musste Sie zuerst zum Jagen tragen, damit Kinder in die Teststrategie einbezogen werden.

Lolli-Tests sind ein sinnvolles Instrument. Noch im letzten Ausschuss haben Sie irgendetwas davon geschwemmt, man wäre ja in guten Gesprächen. Jetzt hören wir, dass Sie die Kommunen, die bislang alleine in Vorleistung getreten sind, tatsächlich auch finanziell unterstützen wollen.

Das ist alles gut und richtig. Aber Sie erklären immer sehr ausführlich, warum dieses und jenes alles nicht geht, um sich anschließend genauso ausführlich dafür zu loben, dass Sie es dann endlich geschafft haben, doch auf diesen Kurs einzuschwenken.

Dann die leidige Auseinandersetzung um die Beiträge! Heute erreicht uns die Vorlage für den HFA, dass nun doch eine Bewilligung der Mittel für die Entlastung von Kitas und OGSn beantragt wird. Auch das hat wieder Wochen und Monate großen Drucks erfordert. Die kommunalen Spitzenverbände haben in dieser Pandemie wirklich Besseres zu tun, als Ihnen ständig Bettelbriefe zu schreiben, damit man gemeinsam zu guten Lösungen für die Kommunen und für die Familien kommt.

(Beifall von Monika Düker [GRÜNE] – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ich möchte zum Schluss sagen: Gestern haben wir die gute Nachricht gehört, dass es ab Juni wahrscheinlich für Kinder ab zwölf Jahren Impfstoff geben wird. Das ist gut; denn es bedeutet, dass wir dort mit Blick auf die Infektionszahlen über die notwendige Herdenimmunität einen wichtigen Beitrag zur Impfkampagne bekommen werden. Wir brauchen aber noch weitere Forschung, damit es auch für Kinder unter zwölf Jahren Impfstoff gibt.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Wir brauchen auch weitere Forschung dazu, wie diese Infektion sich auf Kinder auswirkt.

Wir brauchen aber auch eine Landesregierung, die sehr konsequent handelt ...

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Die Redezeit.

Josefine Paul¹⁾ (GRÜNE): ... und nicht immer erst, wenn man ihr wochenlang hinterhergelaufen ist, das dann nachvollzieht. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Paul. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der AfD Frau Dworeck-Danielowski das Wort.

Iris Dworeck-Danielowski (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag kam wenig überraschend. Schon die Debatten und Beratungen im Familienausschuss der letzten Wochen und Monate haben erahnen lassen, dass ein Antrag folgt. Denn der SPD ist es nie genug.

Die Erzieher haben vorrangig ein Impfangebot bekommen, Erzieher bekommen wöchentlich zwei Selbsttests zur Verfügung gestellt, und je nach Kom-

mune ist es heute schon in Projekten möglich, dass die Kinder getestet werden.

Die SPD hatte einen Bericht beantragt, um zu sehen, wie die aktuelle Situation in den Kitas ist. Und siehe da: Über 95 % aller Kindertagesstätten konnten weiterhin geöffnet bleiben.

Ja, es gab bisher ca. 2.000 positiv getestete Kinder.

Man hat manchmal schon das Gefühl, Sie von der SPD gefallen sich in dieser Rolle, wenn Sie diese Zahlen lesen, um weiter in diesem Katastrophenmodus zu bleiben und ein Bild zu zeichnen, das einfach nicht stimmt, nämlich, dass Kindertagesstätten ein besonders gefährlicher Ort sind, der bisher nur noch nicht erkannt wurde. Das ganze Feld müsse jetzt aufgehellert werden, damit wir die Gefahr kommen sehen – die offenkundig nicht da ist. Sonst würde man sie auch erkennen, ohne dass man es erst aufhellen muss.

Kinder sind nach wie vor anscheinend nicht so von der Krankheit betroffen. Sie sind auch nicht so infektiös. Das ist ja immer noch so. Auch wenn es Mutationen des Virus gibt, ist es nach wie vor so, dass die meisten Kinder doch ganz normal ihren Alltag in der Kita bewerkstelligen können.

Wo sollen die regelmäßigen Tests, die Sie einfordern, denn hinführen? Man hat das Gefühl, dass es Ihnen nie genug ist. Werden die Kinder zweimal die Woche getestet, beantragen Sie wahrscheinlich irgendwann, die Kinder täglich zu testen, weil es in der Zwischenzeit ja auch unsicher ist.

Der viel zitierte Drehscheibeneffekt, der eintritt, wenn asymptomatische Kinder ... Denn die Kranken bleiben mittlerweile ohnehin richtigerweise zu Hause. Auch wenn ein Familienmitglied krank ist, würde, glaube ich, niemand mehr auf die Idee kommen, sein Kind mit diesem Risiko behaftet in eine Kita zu bringen.

Wir haben reduzierte Stundenumfänge. Wir haben feste Gruppenkonzepte. Die Zahl der Krankengeldtage für die Eltern wurde erhöht, sodass sie ihre Kinder ohne Probleme auch bei leichten Infekten zu Hause lassen können. All das haben wir.

Das heißt: Wir haben in der Kita ohnehin ausschließlich gesunde, asymptomatische Kinder, die wir testen. Und dann haben wir positive Testergebnisse. Diese sagen nach wie vor nichts über eine Infektion aus. Es wird immer wieder die Mär zitiert, dass diese gesunden Kinder dann nach Hause kommen und unwissentlich das Virus verbreiten. Aber auch das RKI sagt immer wieder, dass asymptomatische Verläufe für das Infektionsgeschehen zumindest von geringerer Bedeutung sind.

Jetzt haben wir zwar die 2.000 positiven Testergebnisse. Aber wie viele Infektionsgeschehen gab es denn tatsächlich? Wie viele schwere Verläufe gab

es, die aus der Kita in eine Familie getragen wurden? Inwiefern spielt das überhaupt eine bedeutende Rolle?

Was mich dabei besonders ärgert, ist Ihre Forderung, das auch noch zu monitoren. Offenbar soll der Bürger nicht nur jeden Tag den Inzidenzwert seiner Gemeinde, seines Kreises oder seiner kreisfreien Stadt angucken, damit er weiß, was gesetzlich auf ihn zukommt, sondern auch noch jeden Tag auf einer Übersicht nachsehen: Wie viele Kitas sind betroffen? Wo gab es Ausbrüche? Wie viele sind schon geimpft? Wie viele wurden getestet? Wie viele sind positiv? – Sie machen die Menschen doch verrückt.

Kinder haben ein Recht darauf, so unbefangen wie möglich aufzuwachsen. In dem Moment, in dem sie jeden Morgen getestet werden und gefragt werden, wie sie sich mit der Pandemie fühlen, ist Unbefangenheit doch gar nicht mehr möglich. Es ist unsere Verantwortung als Eltern, aber auch die Verantwortung der Kitas, den Kindern ein so normales Aufwachsen wie eben möglich zu ermöglichen. Das sehe ich bei den Forderungen, die Sie stellen, überhaupt nicht gegeben.

Mittlerweile hat die Landesregierung die anteilige Erstattung der Beiträge auf den Weg gebracht. Diesem Spiegelstrich hätten wir auf jeden Fall auch zugestimmt.

Aber alle anderen Punkte führen doch eher dazu, dass auch die Kinder immer mehr in dieser ganzen sogenannten pandemischen Situation mitleiden. Denn sie können sich gar nicht mehr frei und unbefangen entfalten, weil sie sich ständig Gedanken darüber machen, dass sie eigentlich gesund sind, aber vielleicht unbemerkt ein Virus in sich tragen und ihre Angehörigen infizieren. Das ist doch keine normale, gesunde Entwicklung für Kinder.

Ich kann Ihnen nur berichten, dass mein Sohn, als die Testpflicht in der Schule kam – das betrifft jetzt die Grundschule und nicht die Kita –, gesagt hat: Mama, erst darf ich nicht mehr mit jemandem spielen. Dann muss ich die Maske tragen. Jetzt werde ich auch noch getestet. Was soll das denn eigentlich? Ich habe doch gar nichts. Mir geht es doch gut.

Das können die Kinder irgendwann überhaupt nicht mehr verstehen. Wenn sie immer wieder etwas tun müssen, was sie nicht verstehen, ist das mit Sicherheit nicht gut für die Kinder.

Deswegen lehnen wir Ihren Antrag auch ab. – Danke.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Dworeck-Danielowski. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Dr. Stamp das Wort.

Dr. Joachim Stamp^{*)}, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mir heute Morgen ganz bewusst vorgenommen: Egal, was hier vorgetragen wird; du lässt dich nicht provozieren.

Für einen kleinen Moment habe ich dann doch die Fassung verloren und eine unparlamentarische Geste in Richtung der SPD-Fraktion getätigt. Mir war in dem Moment, in dem ich sie gemacht habe, sofort klar, dass das nicht geht. Ich bitte da um Nachsicht, will aber an der Stelle auch sagen, dass ich deswegen ein Stück weit die Fassung verloren habe, weil ich nach den Beratungen, die wir im Fachausschuss geführt haben, nicht damit gerechnet habe, dass der Kollege Maelzer hier wirklich Unwahrheiten verbreitet.

(Zuruf von Frank Müller [SPD])

Wir haben im Fachausschuss darüber gesprochen, dass wir uns gerne darüber unterhalten können, welche Dinge wir hier nach Ansicht der Opposition besser machen müssen. Aber wenn behauptet wird, wir würden Erzieherinnen und Erzieher die Testmöglichkeiten kürzen, obwohl sie die Möglichkeit haben, sich jeden Tag kostenlos in einem Bürgerzentrum testen zu lassen, obwohl darüber hinaus zusätzliche Tests in den Einrichtungen bereitstehen, die wir zur Verfügung stellen – alles auf Kosten des Landes –, und obwohl darüber hinaus auch noch Testmöglichkeiten von Arbeitgebern zur Verfügung stehen, dann ist das einfach nicht zutreffend.

Ich möchte Ihnen auch noch einmal sagen – das will ich an SPD und Grüne gleichermaßen richten –: Nennen Sie mir ein Bundesland, ein einziges Bundesland, das mehr an Schutz und Gesundheitsvorsorge im frühkindlichen Bereich leistet als Nordrhein-Westfalen. Sie werden keines nennen können. Keines!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir haben uns von Anfang an dafür entschieden, dass wir Kindern und Familien eine Stimme geben wollen.

Ich bezeichne es bis heute als meinen größten Fehler in dieser Pandemie, dass wir damals eine Notbetreuung auf Basis von Berufsgruppen eingerichtet haben. Es gehört aber auch zur Fehlerkultur, dass man einen Fehler nicht wiederholt.

Deswegen sage ich auch mit Blick auf das, was Herr Kutschaty hier vor zwei Tagen ausgeführt hat: Ich möchte gerne, dass die Sozialdemokratie bitte einmal Ross und Reiter nennt, wen sie aktuell nicht in die Kitas aufnehmen und betreuen möchte.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, die Kindertageseinrichtungen und ihre Träger sowie die Kindertagespflege-

personen wurden nicht nur mit zahlreichen Informationen unterstützt, sondern unter anderem auch mit Kita-Helfern. Das ist ein bundesweit einzigartiges Programm gewesen, das jetzt vom Bund übernommen werden wird, weil sich andere Länder für unser Programm interessieren.

Wir haben eine kostenlose Arbeitsschutz-Beratungshotline eingerichtet, die übrigens auch stark genutzt worden ist. Wir haben zusätzliche Mittel für Hygiene und für Schutz zur Verfügung gestellt.

Wir machen das im Übrigen immer in enger Abstimmung mit der sogenannten Szene: mit den Elternvertretern, mit den Gewerkschaften, mit den Trägern. Da war eine der ganz wesentlichen Forderungen, zu schauen: Kann man das Impfangebot vorziehen?

(Josefine Paul [GRÜNE]: Ich ahnte es!)

– Ja, Frau Paul. Ich erwähne noch einmal, dass ich mich dafür eingesetzt habe, dass der Ministerpräsident mit der Kanzlerin gesprochen hat

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

und dass wir es hinbekommen haben.

Ich sage Ihnen vor allem aber auch: Das ist eine Entscheidung gewesen, die umstritten gewesen ist und kritisch diskutiert worden ist, weil wir andere dementsprechend nicht so schnell impfen konnten, darunter chronisch Kranke. Deswegen war die Bedingung für das Vorziehen dieser Impfung, dass die Kitas nicht wieder vollständig geschlossen werden. Darüber hinaus stand den Beschäftigten und den Kindertagespflegepersonen von August des vergangenen Jahres bis zur letzten Woche ein Angebot zur freiwilligen Testung durch medizinisches Personal, zuletzt zweimal wöchentlich, zur Verfügung.

Wir haben uns – Kollege Hafke hatte es angesprochen – zum frühestmöglichen Zeitpunkt um Selbsttests gekümmert. Wir haben uns darum bemüht, als diese noch gar nicht zugelassen waren, und wir haben die Ausschreibung, unmittelbar nachdem die Laienanwendung zulässig wurde, auf den Weg gebracht. Sie tragen nun vor, dass nicht alles exakt ausgeliefert worden sei. Hierzu möchte ich Ihnen eine konkrete Zahl nennen. Für die Kindertagesbetreuung werden wöchentlich 1,8 Millionen Selbsttests kalkuliert. Das ist eine erhebliche Anzahl, die sowohl im Hinblick auf die Beschaffung als auch auf die Logistik eine Herausforderung darstellt; das dürfte auch Ihnen bewusst sein.

Meine Damen und Herren, Sie können der Landesregierung immer wieder gerne viel vorwerfen. Wenn jedoch ein Flieger in Shanghai mit den von uns bestellten Tests an Bord keine Starterlaubnis bekommt, entzieht sich das unserem Verantwortungsbereich. Ich sage Ihnen auch, dass ein Familienminister Dr. Dennis Maelzer eine solche Starterlaubnis ebenfalls nicht erhalten hätte.

(Beifall von der CDU und der FDP – Christian Dahm [SPD]: Der hätte aber anderes geschafft!)

Wie im Fachausschuss ausführlich dargelegt, beobachten wir täglich

(Zuruf: Aber Familienminister Maelzer müsste selber zucken! – Christian Dahm [SPD]: Hat uns aber gefallen!)

den Markt, ob neben den Stäbchentests für die Nase noch kindgerechtere Tests zu beschaffen sind. Ich habe Sie damals auch sehr ausführlich daran teilhaben lassen, dass ich sehr geschwankt habe, ob wir das machen können oder nicht; zu diesem Zeitpunkt waren übrigens überwiegend Tests am Markt, bei denen es notwendig war, noch etwas tiefer in die Nase zu gehen.

Jetzt haben wir Tests, bei denen wir mit den Wissenschaftlern gemeinsam abgewogen haben und diese uns gesagt haben: Okay, man kann verantworten, dass das freiwillig durch die Eltern passiert. Die verfügbaren Spucktests, die Herr Maelzer hier immer anführt, sind hingegen nach aktuellen Informationen für Kinder unter drei Jahren nicht geeignet, und sie bieten auch für Kinder ab drei Jahren bis zum Schuleintritt wenig verlässliche Testergebnisse, weshalb wir auf diese nicht zugreifen.

Wirklich aberwitzig ist jedoch, Herr Kollege, wenn Sie ernsthaft vorschlagen, dass wir verschiedene Testmodelle an die Eltern ausliefern sollten. Wie stellen Sie sich die damit verbundene Logistik vor? Das kann wirklich nur jemand sagen, der sich nie ernsthaft mit diesem Thema beschäftigt hat.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, Lolli-Schnelltests für die Eigenanwendung, die von den Kindern durchgeführt werden können, wurden gerade erst in diesen Tagen zugelassen, und wir prüfen derzeit ihren Einsatz. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie das zur Kenntnis nehmen und nicht weiterhin Verunsicherung im Hinblick auf kindgerechte Testmethoden schüren würden. Sie können sich sicher sein, dass wir uns mit diesem Thema quasi rund um die Uhr beschäftigen.

Das gilt im Übrigen auch für die Lolli-Pool-Tests. Die Städte Köln, Solingen und Mönchengladbach machen mit den Lolli-Pool-Tests mit einer anschließenden PCR-Laboraauswertung gute Erfahrungen. Daher verfolgt das Schulministerium derzeit ein entsprechendes PCR-basiertes Testkonzept für die Grund- und Förderschulen.

Ich weiß auch, dass sich viele den Einsatz dieser Testmethode in der Kindertagesbetreuung wünschen. Die Übertragbarkeit dieses Konzepts auf die Kindertagesbetreuung ist jedoch leider objektiv unmöglich. Das wird auch nicht durch Zwischenrufe anders. Wir haben das von der renommierten Rechts-

anwaltskanzlei Luther, die das MSB bei diesem Projekt beraten hat, überprüfen lassen.

Das objektiv Unmögliche kann man von uns nicht verlangen.

(Sarah Philipp [SPD]: Diesmal hat wirklich keiner dazwischengerufen!)

Die Logistik ist ebenfalls nicht umsetzbar; der Kollege Hafke hat die Zahlen vorhin genannt. Zudem müssten die Laborkapazitäten landesweit zur Verfügung stehen, und das ist leider nicht in jeder Region unseres Landes der Fall.

Bei dem derzeit vom MSB verfolgten PCR-basierten Testkonzept für die Grund- und Förderschulen reden wir von 3.700 Standorten, die durch die Schulaufsicht über die Schulleitung zentral zu erreichen sind. Im Bedarfsfall kann hier eine dienstliche Anweisung erfolgen. Im Bereich der Kindertagesbetreuung haben wir hingegen rund 10.500 Kitas in unterschiedlicher Trägerschaft plus rund 20.000 Kindertagespflegepersonen. Damit haben wir es mit einem fast achtmal so großen Logistikaufwand und mit achtmal so hohen Laborkapazitäten zu tun.

Wir werden diese PCR-Testungen aber dort ermöglichen, wo diese auf kommunaler Ebene aufgrund der Besonderheiten vor Ort angeboten werden können. Das ist – ich habe es genannt – zum Beispiel in Köln, Solingen und Mönchengladbach der Fall. Das Land bietet den Kommunen, die ein solches Testverfahren vorhalten, eine Refinanzierung der Kosten an. Die Erstattung ist für die Zukunft und in Höhe der Kosten möglich, die ansonsten beim Land anfallen würden.

Grundlage für die ...

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Joachim Stamp*, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Nein, ich führe jetzt zu Ende aus.

... Refinanzierung ist eine zwischen Land und Kommune zu treffende Vereinbarung.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Ich freue mich über das politische Signal aus dem Haushalts- und Finanzausschuss, das mir heute Morgen mitgeteilt wurde, dass dieser Weg ausdrücklich unterstützt wird.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Für die Fälle, in denen keine PCR-Testungen auf kommunaler Ebene möglich sind, haben wir nach Alternativen Ausschau gehalten. Mit den Trägern waren wir uns darüber einig, dass diese in Lolli-Schnelltests bestehen könnten, die nach einer mit einem

geringen Aufwand verbundenen Schulung in den Kitas von den Erzieherinnen und Erziehern durchgeführt werden können. Entsprechende Produkte sind am Markt erhältlich. Gespräche mit den Elternvertretern und mit den Gewerkschaften haben aber ergeben, dass es hier noch erhebliche Vorbehalte gibt.

Ich denke, wir sind uns alle einig, dass ein Testregime, das wir durchführen wollen, die breite Unterstützung aller Beteiligten braucht. Deswegen sind wir dabei, den Markt auf weitere Alternativen zu sondieren und weitere Gespräche zu führen, um eben zu einem Testregime zu gelangen, das alle Akteure mittragen.

Nicht nur bei dem, was wir an Vorsorge getroffen haben – die Kita-Alltagshelfer, eine Hotline usw. usf. –, sondern auch beim Thema „Tests“ gibt es kein anderes Bundesland, das mehr tut als wir in Nordrhein-Westfalen. Aus das will ich Ihnen noch einmal in aller Ausdrücklichkeit sagen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Es gibt Länder, die der Meinung sind, dass man die Kinder nicht testen könne, und deshalb um ein Umfeldtesten zweimal in der Woche bitten. In diesem Zusammenhang bitten sie die Eltern, sich bei den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern testen zu lassen bzw. die Bürgertestzentren zu nutzen.

Wir haben dafür gesorgt, dass wir Schnelltests für alle Kinder in den Einrichtungen zur Verfügung stellen; ich habe Ihnen den riesigen logistischen Aufwand dafür dargelegt. Sie sagen hingegen allen Ernstes: Nein, das ist uns zu wenig; wir wollen noch Spucke- und Lolli-Tests, und am besten wäre es, wenn sich die Eltern das zu Hause noch einmal aussuchen dürften. – Das ist vollkommen unseriös.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich entschuldige mich daher noch einmal, dass ich vorhin die Fassung verloren habe. Manchmal ist es aber schwer, die Fassung zu bewahren.

(Frank Müller [SPD]: Sie entschuldigen sich zum ersten Mal! Sie können sich nicht noch mal entschuldigen!)

Zum Schluss will ich noch einmal festhalten: Sie sprechen die Elternbeiträge an, und Sie sagen, es sei den kommunalen Spitzenverbänden nicht zuzumuten, in diesen Tagen Briefe schreiben zu müssen. Frau Kollegin Paul, ich kann Ihnen nur sagen: Frau Heselhaus, die Bildungs- und Jugenddezernentin aus Gelsenkirchen, und Frau Reker, die Oberbürgermeisterin von Köln, haben meinen Vorschlag als ein gutes Signal bezeichnet.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Nach Wochen! Das hätten Sie sagen sollen!)

Dass die kommunalen Spitzenverbände bei allen Finanzverhandlungen zwischen dem Land und den Kommunen sagen: „Wir wollen mehr“, das ist deren

Job, denn sie wären sonst schlechte Lobbyisten für die kommunale Familie. Das ist also ganz normal.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Die sind auf Sie zugegangen und haben gesagt: Wir übernehmen die Hälfte!)

Wir haben ein faires Angebot vorgelegt. Wenn Sie den Januar noch dazunehmen, haben Sie vom Zeitpunkt Januar bis Juni eine Erstattung von 50 % der Beiträge für die Eltern. Abgesehen davon ist das letzte und das vorletzte Kita-Jahr mittlerweile sowieso beitragsfrei. Unsere KiBiz-Reform ist leider durch die Pandemie etwas in Vergessenheit geraten. Wir geben jedoch jedes Jahr aufwachsend, zusätzlich

(Frank Müller [SPD]: Das hat nichts mit der Pandemie zu tun!)

1,3 Milliarden Euro mehr ins System. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Stamp. – Nun hat sich für die SPD noch einmal Herr Dr. Maelzer zu Wort gemeldet. Das Wort hat er jetzt, zumal die Landesregierung ihre Redezeit ein Stück weit überzogen hat. Knapp neun Minuten waren es. Insofern ist ein bisschen Spielraum, Herr Dr. Maelzer. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Vielen Dank, Herr Minister, für Ihre ausführlichen Worte, die mir Gelegenheit zu einer Erwiderung geben.

Es ist schon – ich glaube, Kollege Hafke würde es sagen – bemerkenswert, wenn Sie von Nachsicht sprechen und im nächsten Satz mir unterstellen, ich würde die Unwahrheit sagen.

Herr Minister, ich habe es nicht nötig, die Unwahrheit zu sagen, ich muss einfach nur schwarz auf weiß das lesen, was Sie Beschäftigten versprochen haben. Und schwarz auf weiß steht in einem Brief von vor Ostern, dass es für die Beschäftigten drei Tests finanziert durch das Land geben soll.

(Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Es gibt jetzt tägliche! Täglich!

– Ach, Herr Minister, schaffen Sie es vielleicht, zuzuhören? Ich glaube, damit wäre einigen gedient.

(Zurufe von der FDP – Vereinzelt Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister Dr. Stamp, von der Regierungsbank aus empfiehlt es sich, Zurückhaltung zu üben, damit die Rednerinnen und Redner ihre Meinung hier kundtun können.

(Beifall von der SPD)

Insofern bitte ich um entsprechende Rücksichtnahme auf die Gepflogenheiten des Parlaments. – Herr Dr. Maelzer, Sie haben das Wort. Bitte.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Der Minister ist genau so ein emotionaler Mensch wie ich. Deswegen nehme ich ihm das nicht übel, aber ich würde trotzdem gerne ...

Vizepräsident Oliver Keymis: Wir nehmen das nicht übel, sondern wir nehmen das zur Kenntnis. – Bitte.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Meine Damen und Herren! Sie haben – ich wiederhole es – schwarz auf weiß niedergelegt, was Sie den Beschäftigten versprochen haben, und dieses Versprechen haben Sie nicht eingehalten. Warum haben Sie es nicht eingehalten? – Weil Sie über die Osterpause sich endlich dazu durchgerungen haben, auch Kinder in eine Teststrategie einzubeziehen. Das kritisieren wir nicht, aber Sie hatten keine Vorsorge dafür getroffen, dass eben auch Tests für Kinder da sind.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der FDP)

Jetzt haben Sie eben gesagt, auch ein sozialdemokratischer Familienminister hätte keine Möglichkeiten, Flugbewegungen in Shanghai zu steuern. Das ist richtig. Aber ein sozialdemokratischer Familienminister hätte früher die Entscheidung getroffen, auch Kinder in eine Teststrategie einzubeziehen. Dann wären diese Probleme an der Stelle überhaupt nicht entstanden.

(Beifall von der SPD – Marc Lürbke [FDP]: Das glauben Sie doch selber nicht! – Weitere Zurufe von der CDU und der FDP)

Dann haben Sie sich hier hingestellt und gesagt – in der Regel wahrscheinlich ohne Redemanuskript; dann wird es ja ein wenig flüder in Ihren Reden –, Lolli-Tests wären objektiv unmöglich. Dann ist es ein Glück, dass man es in Köln, in Solingen und in Mönchengladbach gar nicht wusste und die es einfach gemacht haben.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Jochen Klenner [CDU])

Leider hat es niemand aus Ihrem Ministerium geschafft, heute in den Haushalts- und Finanzausschuss zu kommen. Deswegen sind Ihnen die Signale möglicherweise nicht richtig transportiert worden. Das Signal war, dass Ihre regierungstragenden Fraktionen nicht in der Lage waren, über die Frage zu entscheiden, ob wir jetzt die Kommunen in Gladbach, in Köln, in Solingen entlasten.

(Zuruf von der FDP: Ach!)

Darum machen wir Ihnen doch das Angebot, machen die „goldene Brücke“ und beantragen eine Einzelabstimmung.

(Christian Dahm [SPD]: Es gibt keinen Beschluss!)

Werfen Sie doch wenigstens Ihr Herz über die Brücke.

(Unruhe – Henning Höne [FDP]: Jetzt wird es etwas fluid, weil er nicht mal mehr sein Manuskript hat!)

Werfen Sie Ihren Stolz über Bord und stimmen Sie an der Stelle dem SPD-Antrag zu, damit die Kommunen die finanzielle Erstattung bekommen können.

(Beifall von der SPD)

Ich finde Ihren Umgang mit der kommunalen Seite in der Tat bemerkenswert. Sie stellen sich hierhin und sagen: Na ja, die kommunalen Spitzenverbände müssten Gebührenfreiheit fordern; denn das wären alles Lobbyisten. – Offensichtlich sind die kommunalen Spitzenverbände die Lobbyisten auch für die Familien in diesem Land, und offensichtlich betrachten Sie es als Ihren Job, dass Kommunen und Eltern weniger Geld zur Verfügung haben. Das ist dann auch eine Form des Lobbyismus, aber da bin ich eher an der Seite der Kommunen und der Familien.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Dr. Maelzer. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zu den Abstimmungen. Wir haben jetzt eine Reihe von Abstimmungen vor uns, wie allen bewusst ist.

Die Fraktion der SPD hat zu diesem Antrag gemäß § 42 unserer Geschäftsordnung Einzelabstimmung beantragt. Da diese Fraktion selbst die antragstellende Fraktion ist, findet nun eine Einzelabstimmung statt.

Wir kommen zur Einzelabstimmung zu den einzelnen Gliederungspunkten 1 bis 10 im Beschlussteil.

a) Wer stimmt **Punkt 1 des Beschlussteils** zu? – SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete Neppe. Gibt es Enthaltungen? – Gibt es nicht. Damit ist Punkt 1 mit den Stimmen der Mehrheit des Hohen Hauses **abgelehnt**.

b) Wer stimmt **Punkt 2 des Beschlussteils** zu? – SPD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – CDU, Grüne, FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete Neppe. Gibt es Enthaltungen? – Sehe ich nicht. Damit ist Punkt 2 des Beschlussteils mit der Mehrheit des Hohen Hauses **abgelehnt**.

c) Wer stimmt **Punkt 3 des Beschlussteils** zu? – SPD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete Neppe. Wer enthält sich?

(Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: Die Grünen haben keine Meinung! Passt das so? Wurden die Grünen vorher nicht genannt?)

Ich frage noch mal nach: Wer stimmt für diesen Punkt? – Die SPD-Fraktion und die Grünen. Nehmen wir so auf. SPD und Grüne für diesen Punkt. Wer stimmt gegen Punkt 3 des Beschlussteils? – CDU, FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete Neppe. Damit bleibt das Ergebnis wie vorher schon. Punkt 3 ist mit Mehrheit **abgelehnt**.

d) Wer stimmt **Punkt 4 des Beschlussteils** zu? – SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete Neppe. Gibt es Enthaltungen? – Haben wir nicht. Damit ist auch dieser Punkt mit Mehrheit **abgelehnt**.

e) Wer stimmt **Punkt 5 des Beschlussteils** zu? – SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete Neppe. Gibt es Enthaltungen? – Sehen wir nicht. Damit ist Punkt 5 mit der Mehrheit der Stimmen des Hohen Hauses **abgelehnt**.

f) Wer stimmt **Punkt 6 des Beschlussteils** zu? – Wiederum SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? CDU, FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete Neppe. Ergebnis entsprechend: Die Mehrheit hat diesen Punkt **abgelehnt**.

g) Wer stimmt **Punkt 7 des Beschlussteils** zu? – SPD und Grüne.

(Iris Dworeck-Danielowski [AfD]: Nein, wir stimmen auch dafür!)

– Pardon. SPD, Grüne und AfD stimmen für diesen Punkt. Wer stimmt gegen diesen Punkt? – CDU, FDP und der fraktionslose Abgeordnete Neppe. Gibt es Enthaltungen? – Die gibt es nicht. Gleichwohl hat auch dieser Punkt **keine Mehrheit gefunden**.

h) Wer stimmt **Punkt 8 des Beschlussteils** zu? – SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete Neppe. Gibt es Enthaltungen? – Gibt es nicht. Damit ist Punkt 8 mehrheitlich **abgelehnt**.

i) Wer stimmt **Punkt 9 des Beschlussteils** zu? – SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete Neppe. Damit ist Punkt 9 mit der Mehrheit des Hohen Hauses **abgelehnt**.

j) Wer stimmt **Punkt 10 des Beschlussteils** zu? – SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete Neppe. Gibt es Enthaltungen? – Gibt es auch zu diesem Punkt nicht.

Damit kann ich das Ergebnis feststellen. Da alle Teile in der Einzelabstimmung abgelehnt wurden, ist eine Gesamtabstimmung über den Antrag nicht mehr

erforderlich. Gibt es dazu Widerspruch? – Sehe ich nicht. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/13404 abgelehnt**, und zwar so, wie hier gerade beschlossen wurde, in allen zehn Punkten und in seiner Gesamtheit.

Ich rufe auf:

4 Neue Zuwandererclans, regionale Verteilungskonflikte und Statistiklücken. Eine Weiterentwicklung der Lagebilder zur Clankriminalität ist dringend notwendig!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/13397

Die Aussprache ist eröffnet. Für die AfD-Fraktion spricht der Fraktionsvorsitzende Herr Wagner.

Markus Wagner^{*)} (AfD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Thema heute: Clankriminelle. Sie leben auf unsere Kosten, sie beziehen Hartz IV, aber fahren Porsche, sie hassen unser Land, aber dürfen bleiben. Die Verursacher: die etablierte Politik.

Seit über 40 Jahren sehen CDU, SPD, Grüne und FDP dabei zu. Seit 2015 haben Armin Laschet und Angela Merkel noch einmal den Turbo eingeschaltet. Grenzen auf, und immer neue Clans breiten sich aus. Waren es zunächst vor allem arabisch-türkische Sippen, kommen nun syrische und irakische Verbrecherbanden, nigerianische und albanische Mafia und schon länger Roma-Clans.

Nur ein paar Schlaglichter.

Morgens in Neuss bei Düsseldorf: eine Luxuswohnung, die Polizei klingelt. Drinnen eine Roma-Familie. Deren Haupteinkommen: Sie betrügen deutsche Rentner per Telefon mit dem Enkeltrick. Ihr Nebeneinkommen: Hartz IV für die Sippe plus Miete. In der Wohnung: Gucci, Versace und Champagner bis zum Abwinken.

Kriminell und den Sozialstaat abzocken, das ist das Geschäftsmodell dieser Clans. Aber, Vorsicht! Wer zu offen darüber redet, den überziehen die Grünen in den Parlamenten und Medien nur zu gerne mit Rassismuskorrekturen, Rassismuskorrekturen, hinter denen sich die Clans nur zu gerne verstecken und immer weiter machen.

Leverkusen. Der „Focus“ berichtet: Ein Hartz-IV-Paradies auf 220 m² Wohnfläche, doch niemandem im Jobcenter fiel etwas auf. Über 100.000 Euro Hartz IV soll die Frau von Roma-Boss Don Mikel laut Staatsanwaltschaft eingestrichen haben. Währenddessen soll ihr Mann 2 Millionen Euro ergaunert haben. Seine Autos: Porsche, Mercedes, Rolls Royce. Hartz IV fällt nicht einfach vom Himmel. Es sind die

Bürger, es sind wir alle, die diesen Betrug finanzieren müssen. Das ist unsozial den rechtschaffenden Menschen gegenüber, das ist asozial gegen unsere Solidargemeinschaft.

(Beifall von der AfD)

Die Flüchtlingspolitik der alten Parteien lässt immer neue Clans und Mafiastrukturen ins Land, zum Beispiel die nigerianische Mafia. Ein Geschäftsfeld: Zwangsprostitution. Die Frauen erzählen von brutalen Gruppenvergewaltigungen, bis der letzte Widerstandswille erloschen ist. Eine Zwangsprostituierte flehte: Ich will nicht mehr, ich kann nicht mehr. – Die Reaktion der Mafiagangster: Sie bringen die Frau um, zerhacken den Körper und verscharren die Körperteile im Sand.

Beschämend ist: Wo sind die brutalen Täter danach hin? – Sie sind vor der polizeilichen Verfolgung in Nigeria nach Deutschland geflüchtet, meine Damen und Herren. Wir beherbergen und bezahlen diese Gangster.

Und Armin Laschet? – Der meint, die in den letzten Jahren heruntergesparte Polizei in sogenannte Nadelsticheinsätze zu schicken. Das ist gut und schön, Herr Laschet, gegen Nadelstiche habe ich nichts einzuwenden, nur das reicht doch nicht. Das kann auch nicht reichen, wenn Sie selbst sich offen dafür aussprechen, dass immer mehr ins Land kommen.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Wir soll die seit Jahrzehnten von Ihnen heruntergesparte Polizei dagegen ankommen? – Fasst sie einen, kommen zwei neue. Selbst der eine bleibt im Land. Er bleibt im Land, und ob in Duisburg, Gelsenkirchen oder Essen, er hat ganze Straßenzüge und Stadtteile, um sich zu integrieren, aber nicht nach Deutschland, sondern in arabische, orientalische Parallelgesellschaften.

Ihre Politik zielt zu sehr nur auf Show ab. Es reicht nicht, nur verbal gegen Clans zu sein. Wer außer ein paar Grüne ist nicht gegen Clans? – Doch wer hat ihr Treiben hier verursacht und durch falsche Politik befördert? – Gezielt nutzen Clankriminelle den Flüchtlingsstrom, um nach Deutschland einzuwandern. In der Sekunde des Grenzübertritts werden sie so ohne vernünftige Überprüfung zum Flüchtling erklärt und erhalten obendrein eine All-inclusive-Versorgung. Insbesondere manche der neu dazugekommenen Syrer und Iraker erweisen sich in den Verteilungskämpfen um kriminelle Märkte als besonders brutal.

Natürlich, damit das jedem klar ist: Nicht jeder Flüchtling, und sei er illegal, ist ein Verbrecher. Und schon gar nicht sind es die hier gut assimilierten ausländischen Menschen, die hier arbeiten, Steuern zahlen und unsere Freunde sind, aber genau deren guter Ruf leidet mit, wenn wir nicht endlich umsteuern.

(Beifall von der AfD)